

Mittelsächsische LinksWorte

21. August 2015

Nr. 96

9. Jahrgang



Eine Perle Mittelsachsens: Die Stadt Leisnig mit ihrer sehenswerten Altstadt - überragt von der Stadtkirche St. Matthäi - und der im Jahr 1046 erstmals erwähnten mittelalterlichen Burg Mildestein, deren älteste noch erhaltene baulichen Zeugnisse die Burgkapelle und der imposante Bergfried im Innenhof sind. Die Burg Mildestein bildete einen der mittelalterlichen Burgwarde im obersächsisch-meißnischen Raum.

Mit unserer heutigen „2015er Sommerausgabe“ der LinksWorte geht der Blick nach vorn: die Wahlperiode seit Herbst 2013 ist Geschichte und schon rücken - wenn auch erst am Horizont - die kommenden Wahlen und die Strategie dahin ins Blickfeld der politischen Parteien. Und wir beginnen auf Seite -10- eine neue Serie.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe:

1. Mit Blick nach vorn:

DIE LINKE Mittelsachsen beteiligt sich an der Strategiedebatte in der Partei

2. In der Sommerpause:

Linksfraktion erläutert Teilnahme des Landkreises an Modellvorhaben

3. In der politischen Diskussion:

Der Landkreis Mittelsachsen und der Flüchtlings- und Asylbewerber-Strom

| | |
|-----|--|
| 2 | editorial & standpunkt |
| 3 | kolumne & linker oberbürgermeister in flöha startet amtsperiode |
| 4/5 | titelthema 1: mittelsachsens linke beteiligt sich an strategiedebatte |
| 6/7 | titelthema 2: themen der linksfraktion in der sommerpause: modell vorhaben land (aufschwung und asyl) |
| 8 | titelthema 3: asylproblem freiberg |
| 9 | sommertour von mdl dr. jana pinka |
| 10 | neue serie zur politischen bildung: beitrag -1- zu eduard bernstein |
| 11 | kreisvorstand & glückwünsche & jahrestage september 2015 |
| 12 | termine & trauer & querbeet |

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 16. September 2015. Redaktionsschluss ist am Mittwoch, dem 09. September. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag 2015.

Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für die LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen
IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10
BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE.**
KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:
Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
eMail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Robert Sobolewski, Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer, Hans Weiske (verantwortl. i.S.d.P.)

Layout, Satz und Fotos: A•Bi•Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23b
09557 Flöha/OT Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ können über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufgerufen werden. Über einen Link findet man dort die aktuelle Ausgabe der „LinksWorte“ und das Archiv aller Hefte seit September 2007.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

das „Sommerloch“ des Jahres 2015 hat uns mit brütender Hitze seit Ende Juli fest im Griff. Aber mehrere politische Themen halten das politische Berlin und Dresden auch in der beliebtesten Urlaubszeit des Jahres und trotz Sommerhitze in Schwung: Griechenland, der Nahe Osten und nicht zuletzt die Debatte um Flüchtlinge und Asylsuchende. Vor allem auf das letzte der genannten Themen gehen wir - natürlich aus mittelsächsischer Sicht - in unserer heutigen Ausgabe ein. Wir stellen Cornelia Metzging vor, die den Arbeitskreis „Ausländer und Asyl Freiberg e.V.“ leitet. Zur Problematik „Flüchtlinge und Asylsuchende“ berichten wir auch in unserem Bericht der Fraktion der LINKEN im mittelsächsischen Kreistag. Bereits in unserer Juli-Ausgabe sind wir auf die im Frühjahr gestartete Kampagne der LINKEN „Das muss drin sein“ eingegangen, die voraussichtlich bis zu den Bundestagswahlen 2017 laufen und die politische Arbeit der Partei wesentlich bestimmen wird. Für den sächsischen Landesverband der LINKEN soll diese Kampagne ein Bestandteil der Strategiedebatte werden, die mit der Veröffentlichung eines 1. Entwurfes eines Leitantes an den 12. Landesparteitag eröffnet mit dem Arbeitstitel „Strategie 2020 der LINKEN Sachsen - ein Handlungsrahmen“ gestartet wurde. Die Redaktion freut es sehr, dass Reinhard Kluge aus Rechenberg-Bienenmühle uns seine Gedanken zu diesem Dokument unter der Überschrift „Für ein klares sozialistisches Profil der LINKEN Sachsen“ zur Verfügung gestellt hat. Unsere Leserinnen und Leser finden sie auf Seite 4- in diesem Heft.

Wir hatten bereits an anderer Stelle dieses Editorials darauf hingewiesen, dass sich die Fraktion der LINKEN im Kreistag die Arbeit mit den Flüchtlingen und Asylsuchenden auf ihre Fahnen geschrieben hat. Außerdem geht es in unserer heutigen Ausgabe um ein bundesweites Modellvorhaben, an dem der Landkreis Mittelsachsen als einer von 13 Landkreisen beteiligt ist. Ganz aktiv war unsere Landtagsabgeordnete Jana Pinka im Rahmen ihrer umfangreichen Sommertour. Wir berichten in Wort und Bild. Zum Schluss einige Bemerkungen zu unserer neuen Serie, die wir heute starten. Es geht uns um Traditionslinien und Themen linker Politik, die zu DDR-Zeiten im Unterricht im Marxismus-Leninismus und im Parteielehrjahr unterbelichtet waren oder ganz verschwiegen wurden, weil sie nicht in den Rahmen einer führenden Partei passten, die laut dem Selbstverständnis ihrer führenden Köpfe immer recht hatte. Wie immer, wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre.

die strategie der linken - wie weiter in mittelsachsen?

von Hans Weiske

Bei Facebook habe ich viele gute aktive Freunde bei der LINKEN, natürlich vor allem in Sachsen. Die scheinen gegenwärtig (diese Zeilen schreibe ich am 10. August) fast alle im Urlaub zu sein und sich im August vor dem „scharfen Start“ in die neue Saison zu erholen. Alles in allem also: Still ruht der See. Aber: Gestern Abend verfolgte ich mit großem Interesse das Sommerinterview mit Gregor Gysi im ZDF. Er betonte noch einmal, bald den Kapitänsposten bei der LINKEN aufzugeben und scheint dabei mit sich im Reinen zu sein. Noch einmal verteidigte er seine Grundpositionen linker Politik in der Bundesrepublik und setzte sich vehement mit Behauptungen auseinander, bei der LINKEN klaffe ein großer Widerspruch zwischen Programmatik und praktischem Politikverständnis.

Aus der Troika an der Spitze der LINKEN wird bald ein Vierergespinn, welches die Partei zu den kommenden Bundestagswahlen führen wird. In Sachsens LINKER ist vieles auf den Partei- und Fraktionschef Rico Gebhardt fokussiert, der aber seit längerem mit relativ bescheidenen Zustimmungswerten leben muss. Auf dem 12. Landesparteitag Mitte September steht neben der Neuwahl der Führungsgemien auch die Wahl des Landesvorsitzenden an, verbunden mit der Diskussion zum Leitantrag, der die Ergebnisse der so genannte Strategiedebatte bündeln soll. **Und in Mittelsachsen?** Bei uns ist im Herbst ein neuer Kreisvorstand zu wählen. Er hat die Aufgabe, den Kreisverband zu den in zwei Jahren anstehenden Bundestagswahlen zu führen. Inhaltlich müssen wir etwas aus der Kampagne „Das muss drin sein.“ machen, deren Start wegen der Organisation der Kommunalwahlen ziemlich an uns vorbeiging. Und natürlich geht es um die Umsetzung der vom Landesparteitag im September vorzugebenden strategischen Linie in praktisches politisches Handeln im Kreisverband.

In der aktuellen Legislatur wurde - so sehe ich es als Vorstandsmitglied zumindest - unter Leitung von Falk Neubert insgesamt eine solide Arbeit geleistet, auch was die Organisation des Wahlkampfes betrifft. Die war aber auf zu wenige Schultern verteilt. Positiv herauszuheben sind die bessere Zusammenarbeit mit der Kreistagsfraktion (Marina Morgenstern, David Rausch, Lothar Schmidt) und die Öffentlichkeitsarbeit durch Marika Tändler-Walenta. Der Vorstand agiert oftmals als relativ kleine Mannschaft, andere, wie unsere unermüdliche Seniorin Ruth Fritzsche und Sabine Pester, trugen zumeist die Hauptlast. Das traf auch auf den kreislichen Wahlstab zu. Ich bin der Meinung, dass es so nicht weitergehen kann und darf. Falk Neubert hat angeknüpft, zur Kreismitgliederversammlung im Herbst wieder als Vorsitzender des Kreisverbandes zu kandidieren.

der erste tag als oberbürgermeister von flöha

**auf seite - drei -
- immer konsequent links -
unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag**

Ich sitze quasi auf gepackten Koffern und fliege in wenigen Stunden zum Klassenfeind – zum Zählen der Bisons und Grizzlybären. Eine Glosse wird dies nicht, aber vielleicht etwas zum Schmunzeln.

Um es vorwegzunehmen, um Gauck geht es nicht. Dieser eitle und bigotte Pfarrer mit seiner West-Nebenfrau als First Lady muss uns nicht interessieren. Unsere touge Pfarrerstochter und seinerzeitige Greifswalder FDJ-Sekretärin schon eher. Sie hat das DDR-Bildungswesen durchlaufen, das Turbo-Abitur bestanden und das FDJ-Lehrjahr besucht. An ihrer Seite ist mit Professor Doktor rerum naturalium Sauer ein First Gentleman, der mindestens so wie die Kanzlerin daherkommt. Sie spricht korrekt Englisch und fließend Russisch. Und sie hat Kohls vertrottelten Verein von den Wulffs, den Merzens und Kochs entrümpelt. Wenn sie noch fünf Wahlperioden so weitermacht, könnte die CDU vielleicht doch noch eine fortschrittliche Partei werden. Die SPD meint, die regiert so gut, dass es nicht lohnt, den Siggí als Gegenkandidaten aufzustellen. Vom Osten lernen, heißt siegen lernen.

Na, und dann noch was.

Als die Lokführer der Bahn klargemacht haben, dass sie die Rote Mütze aufhaben, taten sie das im Verein mit Viselski (Ossi), Platzek (Ossi) und Rammelow (eingebürgerter Ossi). Und das dauerte gar nicht lange. Wenn ich mich recht erinnere, nur eine reichliche Woche. Die verstehen eben etwas von Kollektivität. Dem Westen haben wir schon Einiges beigebracht. So, dass Nachtopfsitzen zwar zum Kindergarten gehört, diesen aber nicht ausmacht. Und dass werktätige Frauen etwas mit Frauen- und Persönlichkeitsförderung zu tun haben. Auf der Tagesordnung steht noch das Bildungswesen mit dem gemeinsamen Lernen bis zur zehnten Klasse. Vielleicht fällt irgendjemanden noch ein, wie man es fertig bringt, dass unsere lieben Kleinen wieder dort lernen können, wo Mama und Papa wohnen. Wir Ossi können ihnen helfen dabei, wenn die Wessis das nicht schaffen.

Die Energiewende muss noch paarmal vor den Baum fahren, bis diese Hirnrissigen begreifen, dass diese nicht ohne staatliche Planungen und wissenschaftlich-technische Führung zu haben sein wird. Alt gediente Leute kennen noch, wie sowas mit einem Staatsplanthema über die Bühne ging. Die Staaten des sozialistischen Lagers hatten seinerzeit ein effektives und wirksames Energieverbund-Netz bis zum Ural. Zwar mit Atom- und Braunkohlenstrom gespeist, aber an Ländergrenzen ohne Übergabestationen an den Konzern des anderen Landes. Also nochmals – vom Osten lernen, heißt siegen lernen. (mm)

Am Dienstag, dem 11. August, fielen für Volker Holuscha, dem neuen Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Flöha zwei Termine zusammen: Erstens war es sein erster offizieller Arbeitstag als Oberbürgermeister und zweitens nahm er an der Mitgliederversammlung seines Ortsverbandes im Gartenlokal „Am Rosenheim“ teil. Offiziell vereidigt wird er Ende August.

Nach den einleitenden Ausführungen des Vorsitzenden des Ortsverbandes, Hans-Jürgen Kühn, in welchen er u.a. den eindrucksvollen Wahlerfolg Volker Holuschas als Ergebnis dessen bürgernahen Arbeit als langjähriger Vorsitzender der Fraktion der LINKEN im Stadtrat gewürdigt hatte, kam der so Gewürdigte selbst zu Wort. Er habe, so Volker Holuscha, den Tag mit einer Beratung mit allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung begonnen und sich danach in einer Leitungssitzung damit beschäftigt, wo er die Schwerpunkte seiner künftigen Arbeit als Oberbürgermeister sehe und welche Veränderungen in der Arbeitsweise der Verwaltung er einzuleiten gedenke. Denn es sei doch offensichtlich („vielleicht auch eine der wesentlichen Ursachen meines Wahlsieges“), dass in den vergangenen Jahren in Flöha vieles mit stoischer Gelassenheit nur noch verwaltet und nicht mehr gestaltet wor-



den sei. Was die Arbeit mit dem Stadtrat betreffe, wolle und müsse er sich auch mit der mit Abstand stärksten Fraktion der CDU engagieren. Da sehe er in der konkreten Sacharbeit durchaus Ansatzpunkte. Als Vor- und Nachteil zugleich sieht Volker Holuscha die Tatsache, dass sich im Rathaus in Flöha das Personalkarussell vor allem altersbedingt ziemlich schnell dreht und im Herbst auch der bisherige hauptamtliche Bürgermeister ausscheidet.

Was den Hauptinhalt seiner künftigen Arbeit betrifft, nannte Volker Holuscha folgende drei Schwerpunkte:

1. Den Beitrag der Stadt Flöha zur Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden,
2. Die Konsolidierung des Haushaltes,
3. Die Stadtentwicklung in den kommenden ca. 15 Jahren auf völlig neue Füße stellen.

Diese genannten Schwerpunkte untermauerte Holuscha schon mit konkreten Ansätzen, wie sie umgesetzt werden sollen.

In der sich anschließenden lebhaften und inhaltsreichen Diskussion kam das ganze Spektrum der von Hans-Jürgen Kühn und Volker Holuscha dargestellten Themen zur Sprache. Dabei ist es in der gegenwärtigen angespannten Situation kein Zufall, dass die Asylproblematik das bestimmende Thema der Diskussion war. (hw)



Der neue Oberbürgermeister von Flöha, **Volker Holuscha** (Bildmitte) vor dem Versammlungsort der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Flöha im Kreis seiner „Entdecker und Förderer“: Dem Vorsitzenden des Ortsverbandes, **Hans-Jürgen Kühn**, dem Oederaner „Urgestein“ der LINKEN, **Rita Hillmann**, der langjährigen Mitsprecherin in der Stadtratsfraktion **Margot Preißler** und dem Mitglied der Stadtratsfraktion **Dieter Grunert**.

mittelsachsens linke beteiligen sich aktiv an der strategiedebatte in der linken sachsens:

In unserem Juli-Heft sind wir bereits auf die mit dem 1. Entwurf eines Papiers mit dem Arbeitstitel „Strategie 2020 der LINKEN Sachsen - ein Handlungsrahmen“ eingeleitete Strategiedebatte eingegangen. In Siebenlehn fand dazu im Juli - leider mit bescheidener Teilnahme aus den Ortsverbänden - eine Diskussionsveranstaltung statt, zu welcher der Kreisvorsitzende **Falk Neubert** eingeladen hatte. Im Rahmen dieser Debatte ergriff auch Genosse **Reinhard Kluge** aus Rechenberg-Bienenmühle das Wort. Gründlich setzte er sich mit dem Arbeitspapier auseinander. Wir baten ihn, wichtige Eckpunkte seines Redebeitrages für die LinksWorte aufzubereiten. Das hat Reinhard Kluge getan. Für unsere Leserinnen und Leser, die sich mit dem Entwurf und den Argumenten von Reinhold Kluge im Detail auseinandersetzen möchten, im folgenden der Hinweis, wo der 1. Entwurf des Leitantes im Internet zu finden ist. (Reinhard Kluge bezieht sich in seinen Ausführungen auf die dort vorgenommene Numerierung der Zeilen).

Unter www.dielinke-sachsen.de (als Alternative über Google „die linke sachsen“ eingeben und man kommt ebenso zur Startseite unseres Landesverbandes) findet man in der Zeile unter dem Reiter „Politik“ u.a. die Rubrik „Strategiedebatte“ und dort neben dem 1. Entwurf des Leitantes auch alle eingereichten Wortmeldungen, darunter „Lebensplanungsicherheit im ländlichen Raum“ von Landesgeschäftsführerin **Antje Feiks** und **Marika Tändler-Walenta** sowie „Quo vadis DIE LINKE?“ von **Sabine Pester** aus unserem Kreisverband.

Für ein klares sozialistisches Profil der LINKEN Sachsen

von Reinhold Kluge, Rechenberg-Bienenmühle



In Vorbereitung des 12. Landesparteitages hat die LINKE Sachsen einen Entwurf des Leitantes ins Netz gestellt und zur Diskussion aufgerufen. Dieser Entwurf bietet dafür eine gute Grundlage. Er beantwortet schlüssig wichtige Fragen, z.B. die negative Entwicklung der Wählerstimmen für unsere Partei und einige Ursachen dafür, die Entwicklung der Partei selbst, ihrer Alterstruktur und finanziellen Situation und deren Folgen für ihre Ak-

tionsfähigkeit. Hervorzuheben sind die Aussagen über unsere Ziele, besonders gelungen die zum ländlichen Raum, zur Rolle des außerparlamentarischen Agierens und möglicher Partner im Ringen um eine antikapitalistische Alternative. Problematisch erscheint der Umfang des Dokuments (über 1000 Zeilen). Auffällig sind inhaltliche Überschneidungen und Wiederholungen etwa zwischen dem Abschnitt 1. Grundlagen, wo Zielstellungen aus dem Erfurter Programm und aus jüngeren Dokumenten des Bundesvorstandes (Kampagne „Das muss drin sein“ und Manifest „Die kommende Demokratie: Sozialismus 2.0“) zitiert werden, und den Abschnitten 4 bis 6, in denen die Aufgaben der LINKEN in Sachsen formuliert werden. Die analytischen Ausführungen etwa über Sachsen 2015: Eine erstarrte Gesellschaft (Zeile 200 ff.) und Legitimationsprobleme der Demokratie (Z. 315 ff.) könnten gekürzt oder in Erläuterungen ausgelagert werden.

Der Leitantes beantwortet m. E. die Frage ungenügend, welchen Inhalt die gegenwärtige sozialpolitische Auseinandersetzung hat,

wer der Hauptgegner ist, in welcher Etappe des Kampfes wir uns befinden, was die gegenwärtigen Ziele und die perspektivischen Aufgaben sind. Im Leitantes tauchen zur Beschreibung des gegenwärtigen sozialökonomischen Systems solche Begriffe auf, wie Krisenkapitalismus (Z. 124) und Dominanz des Profits (Z. 887). Genannt wird eine solche prägende Erscheinung wie Globalisierung, allerdings ohne weitere Erläuterung. Herausgearbeitet werden Digitalisierung und Automatisierung mit ihren Folgen für die Arbeitswelt (Z. 371-381). Alles das bleibt aber Detailwissen, wenn es nicht in den Zusammenhang mit der Grundfrage gestellt wird, der Frage nach der politischen und ökonomischen Macht, wenn nicht die Rolle des Finanzkapitals und des Eigentums der Großkonzerne an Produktionsmitteln auch hier in diesem Land klar benannt wird. Wir können doch nicht übersehen, dass auch die sächsische CDU-Regierung nichts anderes ist als der Erfüllungsgehilfe des global agierenden Finanz- und Monopolkapitals. Es sind deren Geschäfte, die diese Regierung betreibt, und zwar mit einer entschieden neoliberalen Politik. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Losung der sächsischen LINKEN, „nicht alles anders, aber vieles besser“ (Z. 430) zu machen, erneut zu diskutieren, zumal wir damit bei den letzten Wahlen nicht gerade gepunktet haben. Die Losung wird vollends unverständlich, wenn Rico Gebhardt in seinem ND-Interview am 10.7. ein soziales Sachsen als unser Ziel formuliert, also eine andere, nämlich eine soziale, ökologische, demokratische Entwicklung in Sachsen, die den Kapitalismus grundsätzlich in Frage stellt (Z. 428). Nur wenn wir unser unverwechselbares sozialistisches Profil, unsere antikapitalistischen Alternativen in die Öffentlichkeit tragen, werden wir als Alternative wahrgenommen und entgegen der gegenwärtig nicht zu übersehenden Gefahr, mit dem Parteienklüngel gleichgesetzt zu werden.

Die neoliberale Politik wird auch in Sachsen von der Regierung mit Unterstützung der Leitmedien als alternativlos beschrieben und zur Zeit von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert. Die ökonomische Macht des Kapitals wird

bisher unangefochten über die repräsentative Demokratie und den Rechtsstaat politisch ausgeübt und über die sächsischen Leit-Medien geistig-kulturell abgesichert. Rechte Bewegungen werden für den Fall eines Erstarkens kapitalismuskritischer Kräfte in Reserve gehalten bzw. gerade mit AfD, Pegida ergänzend zu den Neonazis in neuer Form positioniert. Demgegenüber schwächelt das gesamte linke Potenzial. Das gegenwärtige Kräfteverhältnis im allgemeinen kann man sich gut anhand des von den europäischen Linkskräften nicht abgewehrten EU-Diktats gegenüber Griechenland verdeutlichen. Und den Gestaltungsrahmen für soziale Kämpfe offenbaren die Streiks bei Bahn, Post und im Gesundheits- und Sozialwesen. Diese Streiks zeigen zweierlei: einmal die tiefe Unzufriedenheit eines Teils der Beschäftigten, andererseits sehr bescheidene Ergebnisse. Der Poststreik zum Beispiel hat zwar eine gewisse Lohnerhöhung gebracht. Aber das neoliberale Konzernziel, die Ausgliederung großer Teile der Paketsparte in einen Niedriglohnsektor, hat der Streik nicht verhindern können. Die Streiks haben also keine positive Veränderung der institutionellen Bedingungen des Ausbeutungsverhältnisses erzielen können. Es handelt es sich vielmehr offensichtlich um nichts anderes als Abwehrkämpfe gegen eine weitere Verschlechterung der Lohnverhältnisse.

Wer dem zustimmt, wird akzeptieren müssen, dass wir uns in einer Phase des Klassenkampfes befinden, in dem die Abwehr der politischen, ökonomischen und sozialen Zumutungen der herrschenden Eliten im Vordergrund steht. Das ist Inhalt der Kampagne des Bundesvorstandes „Das muss drin sein!“. Abwehrkämpfe gegen die neoliberalen Politik des Großkapitals zum Erfolg zu führen, das ist heute und in nächster Zeit die unabdingbare Hauptaufgabe! Die weiter reichenden Ziele eines Einstiegs in Reformen, wie sie im Manifest „Die kommende Demokratie: Sozialismus 2.0“ (Z. 123 ff.) formuliert sind - Kürzere Arbeitszeit, gerecht verteilt und selbstbestimmt, Wirtschaftsdemokratie, Offensive für das Öffentliche und ein demokratisches Europa - greifen nicht nur neoliberale Positi-

mit Beiträgen von Reinhold Kluge, Marika Tändler-Walenta und Sabine Pester

Diskrepanz der politischen Arbeit in städtischen und ländlichen Gebieten

Beitrag zur Strategiedebatte von **Marika Tändler-Walenta und Antje Feiks** (redaktionell zusammengestellte Grundgedanken, voller Wortlaut im Internet unter www.dielinke-sachsen.de/strategiedebatte/)

onen aus der Sicht des Modells des kapitalistischen Sozialstaates an, sondern stellen die Profitdominanz zur Disposition, haben also bereits transformatorischen Charakter. Dafür gibt es zur Zeit in der Gesellschaft in Europa, in der BRD und auch in Sachsen keine ausreichenden Kräftekonstellation. Transformation braucht Gegenmacht. Eine neue Hegemonie und Gegenmacht zu erzeugen, erfordert, um es mit Peter Porsch zu formulieren, den immensen konzeptionellen, programmatischen theoretischen und strategischen Rückstand gegenüber den realen Prozessen im Land aufzuholen. Dazu gibt der Leitantrag besonders in den Abschnitten 1.3.2., 1.3.3., 4.1. und 5. wichtige Hinweise, die aber angesichts der Komplexität gesellschaftlicher Prozesse nicht ausreichen.

Der Leitantrag stellt fest, dass unsere politische Wirksamkeit, namentlich der Zugang zu der im Arbeitsprozess stehenden Altersgruppe 30-59, zu den prekarierten Teilen der Bevölkerung, aber auch zur Jugend schwierig ist. Nur wenn es uns gelingt, unsere Zielvorstellungen der Bevölkerungsmehrheit, die unter dem Druck der herrschenden, zunehmend unsozialen Politikansätze steht, zu vermitteln, können wir diese wirkungsvoll organisieren bzw. wenigstens in einem ersten Schritt ihr Wahlverhalten zu unseren Gunsten beeinflussen. Es fehlt aber an praxisnahen Erkenntnissen, wie unsere Argumente und Ziele in das Alltagsbewusstsein insbesondere dieser Bevölkerungskreise übergehen, auf welchem Wege diese „die Massen ergreifen“. Dazu sind offenbar spezielle soziologische und informationstheoretische Untersuchungen notwendig. Ein entsprechendes Vorhaben sollte im Leitantrag verankert werden.

Die beiden Autorinnen schätzen die aktuelle Lage wie folgt ein:

„DIE LINKE ist zweitstärkste Kraft in Sachsen. Wobei es einen für uns als Partei gravierenden Unterschied zwischen den städtischen und den ländlichen Gebieten gibt. Verfügen städtische Gebiete über einen Zuwachs an Bevölkerung und einen damit verbundenen hohen Anteil an gesellschaftlichen und politischen Angeboten, stehen ländliche Gebiete vor allem im Zuge der demografischen Entwicklung vor erheblichen Herausforderungen. Damit einher geht auch die Entwicklung in der Partei. Während es in den Großstädten Sachsens möglich ist, Mitglieder zu gewinnen und die Mitgliederzahlen in Richtung Konstanz zu entwickeln, haben wir in ländlichen Räumen mit der Überalterung der Mitgliedschaft zu kämpfen. Junge Menschen, die wir für uns gewinnen, ziehen nach wenigen Jahren

in die Städte oder verlassen Sachsen. Diese gesellschaftlichen und innerparteilichen Herausforderungen können die ländlichen Räume nicht allein meistern. Die Regionen außerhalb der Städte sind dabei erheblichen Disparitäten unterworfen. Keine Region gleicht der anderen. Strukturelle Gegebenheiten sind in dem Zusammenhang ebenso zu betrachten, wie Kapazitäten die uns als Partei DIE LINKE zur Verfügung stehen. Wird es uns nicht gelingen, in den ländlichen Gebieten zum einen unsere innerparteilichen Kapazitäten zu halten bzw. in den Altersgruppen unter 60 auszubauen und gleichzeitig Themengebiete rückzugewinnen, werden wir zukünftig vor entscheidenden Problemen stehen.“

Davon ausgehend, werden fünf Herausforderungen benannt:

1. Dem massiven Schwund an

Mitgliedern aktiv entgegen-treten.

2. Verstärkung des Kontaktes zu den parteinahen Jugend-Gruppen vor Ort, wenn es diese gibt. Gewinnung von Mittelspersonen.
3. Setzen von alltagsbezogenen Themenschwerpunkten, welche die Menschen der Altersgruppe zwischen 30-50 Jahren beschäftigen.
4. Schaffung von Ressourcen und die entsprechende Themenunterstützung für alle Regionen, was flächendeckende Kampagnen betrifft.
5. Strategie für die Zukunft: regional bezogene Wahlkämpfe. Themen werden an die spezifischen regionalen Gegebenheiten angepasst. Themenbesetzung von Politikfeldern, die historisch nicht von uns besetzt sind. Immer unter dem Fokus des Sozialen und des Solidarischen.

Quo vadis DIE LINKE?

Beitrag zur Strategiedebatte von **Sabine Pester** (redaktionell zusammengestellte Grundgedanken, voller Wortlaut im Internet unter www.dielinke-sachsen.de/strategiedebatte/)

Die Autorin setzt folgenden Ausgangspunkt:

„Unsere Partei hat einen langen Weg hinter sich – von der SED zur PDS zur Linkspartei zur LINKEN. Dies ging nie ohne Veränderungen und Entwicklungen von statten und auch jetzt stehen wir wieder vor der Herausforderung, dass wir etwas ändern müssen. Ein „Weiter so!“ sowohl in struktureller als auch in inhaltlicher Sicht können und dürfen wir uns nicht leisten. Denn wenn wir so weitermachen wie bisher, sind wir meiner Meinung nach in spätestens fünf bis zehn Jahren so gut wie nicht mehr arbeitsfähig. Da der Kapitalismus aber immer noch nicht abgeschafft ist und wir von einem demokratischen Sozialismus genauso weit entfernt sind wie vor 25 Jahren, müssen wir auch die nächsten Jahre ein politisches Angebot den Bürgerinnen und Bürgern unterbreiten und zeigen, dass die derzeitige Politik NICHT alterna-

tivlos ist. Im Folgenden habe ich aufgeschrieben, woran wir als Partei – nach meiner Meinung – strukturell und inhaltlich arbeiten müssen. Dies ist definitiv nicht vollständig sowie der Weisheit letzter Schluss, soll aber zumindest als Diskussionsangebot gesehen werden.“

Davon ausgehend beschäftigt sich die Autorin mit strukturellen und inhaltlichen Aufgaben:

Strukturelle Aufgaben: Die strukturellen Aufgaben müssen sich als Konsequenz aus der Abwärtsspirale ergeben, in der sich DIE LINKE gegenwärtig befindet: aus Sicht der sinkenden Mitgliederzahl und aus Sicht der Verluste an Wählerstimmen. Was gebraucht wird, ist eine Strukturreform. „Wir müssen uns einfach die Frage stellen, ob wir mit den vorhandenen Strukturen auch in zehn Jahren noch so arbeiten können wie heute. Und da

rede ich vor allem über die „ländlichen“ Kreisverbände. Diese Frage muss man leider mit „nein“ beantworten.“

Inhaltliche Aufgaben: Wenn wir als Partei weiterhin attraktiv sein wollen, dürfen wir nicht allein bei den sozialen Themen stehen bleiben. Wir müssen auch inhaltlich mutiger werden. Bei vielen utopischen Ideen wird oftmals noch zurückgeschreckt und dies erst nur im kleinen Kreis und dann auch noch viel zu lange durchdebattiert.

Fazit: Wir sind zu oft in der Mühle des Parlamentarismus gefangen. Ich sage nicht, dass wir da ausbrechen sollten. Aber wir dürfen darüber nicht vergessen, dass es draußen eine Welt gibt die sich gerade in diesen Zeiten rasant weiterentwickelt und Umbrüche stattfinden, die wir nicht verpassen sollten. Im Gegenteil: Wir sollten sie entscheidend mitgestalten.

#12|pt

12. Landesparteitag
12./13. September 2015
ParkArena Neukieritzsch

Alle Infos, Anträge und
Liveberichterstattung auf
der Themenseite...

aufgegriffen: zwei themen in der sommerpause des kreistages mittelsachsen

Da wir uns in der Sommerpause befinden und somit eine sitzungsfreie Zeit ist, möchte die Kreistagsfraktion in den LinksWorten über zwei aktuelle Themen berichten, die vom Landkreis gesteuert werden.

modellvorhaben land(auf)schwung



Zum letzten Kreistag informierte der Landrat über die Auswahl unseres Landkreises am Modellvorhaben Land(auf)schwung. Verbunden damit ist die Ausreichung von 1,5 Mio. EUR Fördermittel.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat Ende 2014 dieses Modellvorhaben ins Leben gerufen. Der ländliche Raum steht vor der Herausforderung des demografischen Wandels. Gerade in Anbetracht dessen müssen Anstrengungen darauf gerichtet werden, auch künftig die gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Bedürfnisse im ländlichen Raum zu sichern. Dazu werden wirtschaftlich tragfähige Zukunftskonzepte benötigt. Im Koalitionsvertrag wurde das Ziel festgeschrieben: gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen. Der politische Schwerpunkt „Ländliche Räume, Demografie und Daseinsvorsorge“ wurde beschlossen.

Im Oktober 2014 begann die Informationsphase. Es wurde 39 Landkreise angeschrieben (drei je Bundesland). In Sachsen waren das Bautzen, Görlitz und Mittelsachsen. Von Dezember 2014 bis Mai 2015 fand dann die Qualifizierungsphase statt. Mit der Erstellung der Projektunterlagen (Referat Wirtschaftsförderung und Bauplanung, LEADER-Regionen) wurde die M&M Mediation & Marketing aus Oschatz betraut. Vorgestellt wurde das Projekt auf der 1. Mittelsächsischen Demografiekonferenz am 24.03.2015 in Flöha.

Am 19.06.2015 ging dann die positive Zusage des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BEMEL) ein, dass Mittelsachsen als Förderregion ausgewählt wurde.

Zeitgleich zum letzten Kreistag am 08.07.2015 fand die feierliche Übergabe an die Landkreise statt.

Für das Modell erhält der Landkreis Mittelsachsen folgende finanzielle Zuwendung in den Jahresscheiben:

| | |
|------|--------------|
| 2015 | 250.000 Euro |
| 2016 | 500.000 Euro |
| 2017 | 500.000 Euro |
| 2018 | 250.000 Euro |

Inhalte des Modellvorhabens

Mit dem Modellvorhaben werden strukturschwache periphere Regionen, die in besonderem Maße durch den demografischen Wandel betroffen sind, dabei unterstützt, kreative Ideen zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen zu entwickeln. Land(auf)Schwung bietet den Regionen ein Experimentierfeld zur Erprobung neuer Lösungswege in den zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge (Ausbau der sozialen und technischen Infrastruktur und der sozialen Dorfentwicklung) und zur Stärkung der Wirtschaftskraft der Regionen. Sowohl die Form der Gebiets-



Der Karte kann man die zwölf weiteren Landkreise entnehmen, die neben Mittelsachsen im Freistaat Sachsen aus den anderen Flächen-Bundesländern am Modellvorhaben „Land(auf)schwung“ beteiligt sind.

abgrenzung als auch die Wahl des thematischen Schwerpunkts sowie die Zusammensetzung der Akteure bleiben weitestgehend den Regionen überlassen. Gewünscht ist die Umsetzung maßgeschneiderter Konzepte für die Modellregionen, die Aktivierung des unternehmerischen Potenzials der Regionen und damit die Mobilisierung gemeinschaftlichen, eigenverantwortlichen und zukunftsorientierten Handelns. (Auszug Broschüre BEMEL)

Grob kann man das Modellvorhaben in **zwei Bereiche** einteilen.

Innovation- und Nachhaltigkeitsfond

- Innovative Angebote der Grundversorgung
- Neue Mobilitätsangebote
- Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität
- Erhalt und Ausbau von Kultur- und Freizeitangeboten

Nestbau

- Schaffung einer Nestbau-Zentrale als Anlaufstelle für potenzielle Zuzügler
- Ansiedlung junger Familien und Fachkräfte
- Verstärktes Innen- und Außenmarketing
- Etablierung der Wertschöpfungskette „ländliches Bauen“
- Enge Verzahnung mit LEADER-Managements

Nächste Schritte werden sein:

- Erarbeitung eines Struktur- und Zeitplanes (Referat für Wirtschaftsförderung und Bauplanung LK Mittelsachsen)
- Abstimmung und Aufstellung der vom BEMEL vorgegebenen Gremien (Regionale Partnerschaft, Entscheidungsgremium)
- Vorbereitung der Ausschreibung für die Regionale Entwicklungsagentur (Koordinierungsstelle)
- Vorbereitung der Ausschreibungen für die Startprojekte

von unserem redaktionsmitglied, kreisrätin sabine lauterbach

die fraktion zu flüchtlings und asylsuchenden in mittelsachsen

Der Zustrom von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Mittelsachsen reißt nicht ab. Für das Jahr 2015 rechnet der Landkreis mit der Zuweisung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge von 1.800 Personen. Aus diesem Grund wurden bereits im letzten Jahr und auch in diesem Jahr neue Wohnunterkünfte in Betrieb genommen. Zum März-Kreistag stellte die Fraktion SPD-GRÜNE einen Antrag auf ein Integrationskonzept. Dieses wurde durch die Mehrheit der CDU, FDP, aber auch AfD und NPD abgelehnt. Unsere Fraktion bemängelt seit Jahren, dass zu wenige Asylbewerber dezentral untergebracht werden. Nur so kann in unseren Augen eine wirkliche Integration erfolgen. Auf der einen Seite leidet der Landkreis unter dem demografischen Wandel. Auf der anderen Seite kommen junge Ausländer nach Mittelsachsen. Ein Ziel sollte es sein, daraus auch einen Vorteil zu ziehen. Wir haben nicht nur die Pflicht der Unterbringung der Flüchtlinge, sondern auch diese nach bestem Wissen und Gewissen in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Derzeit gibt es im Landkreis Mittelsachsen Asylbewerberheime in Freiberg, Döbeln, Striegistal, Brand-Erbisdorf, Rochlitz, Waldheim, Frankenberg, Flöha und Roßwein. Im September soll ein weiteres Heim mit 50 Plätzen in Lunzenau hinzu kommen. Für Ende des Jahres ist der Bau einer Wohncontaineranlage in Mittweida geplant. Diese soll 140 Plätze bieten. Gebaut werden soll auf dem Gelände des Landratsamtes. Dafür sollen 80 Parkplätze wegfallen. Diese werden derzeit von Anwohnern aber auch von Mitarbeitern und Gästen des Landratsamtes genutzt. Bei einer Einwohnerversammlung am 16.07.2015 in Mittweida war genau das der Streitpunkt. Der Deutschen liebstes Kind, das Auto, benötigt diesen Platz. Auch der Noch-Bürgermeister von Mittweida und künftiger Landrat von Mittelsachsen will sich dafür stark machen, dass eine Alternative auf dem Gelände gefunden wird. Dies sollte auch aus unserer Sicht möglich sein. Zum einen wollen wir eine Konfrontation mit Einwohnern, Mitarbeitern und Gästen vermeiden. Zum anderen hat der Ausschuss für Umwelt und Technik im November 2014 einen Grundstückstausch zwischen der Stadt Mittweida und dem Landkreis Mittelsachsen zugestimmt. Wir berichteten in der Dezember-Ausgabe. Durch diesen Grundstückstausch hat der Landkreis auf dem Gelände des Landratsamtes Mittweida eine Fläche von 43.564 m² dazu bekommen. Das Tauschobjekt war eine innerstädtische Fläche. In der Begründung der Vorlage stand geschrieben: „Nach dem Tausch kann der Landkreis seine bereits vorhandenen Flächen am Verwaltungsstandort Mittweida arrondieren und diesen bei Bedarf (z.B. zusätzliche Arbeitsplatzkapazitäten, Kfz-Stellplätze) weiterentwickeln. Hier tut sich nun ein Gegensatz auf. Zum einen wusste man bereits im November von einem Parkplatzdefizit an diesem Standort. Deshalb wäre es falsch, wenn dies jetzt noch verschärft würde. Aus diesem Grund würde es auch unsere Fraktion begrüßen, wenn ein alternativer Platz auf dem Gelände des Landratsamtes gefunden werden könnte. Das Areal ist groß genug. Die Infrastruktur (Nähe Landratsamt, Nähe Einkaufsmöglichkeit im Altmittweidaer Gewerbegebiet, DAZ-Klasse in Mittweida) ist sehr gut. Auch ist es sehr lobenswert, dass die Verwaltung des Landratsamtes gemeinsam mit dem Mittweidaer und Altmittweidaer Bürgermeister ein Schreiben an die Einwohner herausgegeben hat und auch eine Einwohnerversammlung zu dieser Thematik statt fand.“

Unsere Fraktion wird sind in die Asylproblematik weiter intensiv einbringen, um den Flüchtlingen eine sichere und menschenwürdige Unterbringung zu ermöglichen. Die Zusammenarbeit mit der Landkreisverwaltung läuft in diesem Bereich sehr gut. Auch wenn wir nach wie vor die geringe Zahl der dezentralen Unterbringung bemängeln.

traditionelle ehrung von hilde coppi am torfhaus bei holzhau



Wie alljährlich am 5. August versammelten sich aktive Mitstreiter der Regionalgruppe Freiberg am Gedenkstein für die von den Nazis ermordete junge Mutter Hilde Coppi (die LinksWorte berichteten bereits mehrfach darüber). Hilde Coppi, geborene Rake, hatte gemeinsam mit ihrem Mann Hans Coppi in der Widerstandsgruppe Rote Kapelle gegen den faschistischen Terror gekämpft. Die Gedenkrede in diesem Jahr hielt Genosse **Reinhold Kluge** aus Rechenberg-Bienenmühle.

Er begann seine Ausführungen mit folgenden Worten: Heute vor 72 Jahren starb Hilde Coppi unter dem Fallbeil der faschistischen Henker, eine junge Frau, gerade Mutter geworden, 34 Jahre alt. Hitler hatte ein Gnadengesuch abgelehnt. Der Gefängnispfarrer Harald Poelschau hat es übermittelt: Sie ging den letzten Gang „gelassen und stolz“. Im Abschiedsbrief an die geliebte Mutter, die ihren im Gefängnis geborenen Sohn aufziehen sollte, versuchte sie, Trost zu geben: „Der kleine Hans - so wünsche ich - soll hart und stark werden mit einem offenen, warmherzigen, hilfsbereiten Herzen und dem grundanständigen Charakter seines Vaters. Wir haben uns sehr, sehr lieb gehabt. Liebe leitete unser Tun `Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen`, sagte Goethe. All meine Liebe ist ständig um Euch, sei tapfer, wie ich es auch sein will.“

Die mittelsächsische Linkspartei verzichtet auf eine Verleumdungsklage gegen die Extremismusbeauftragte im Landratsamt, Katrin Dietze. „Der Landrat hat Fehler seiner Mitarbeiterin eingeräumt. Die Situation ist klagelöst“, sagte Vize-Linkenchef David Rausch. Eine Dienstaufsichtsbeschwerde soll dennoch folgen, so Rausch. Für die Behörde ist das Thema indes abgeschlossen, so ein Sprecher. Dietze hatte einen Harthaer Stadtrat der Genossen (*Stefan Oros* als Extremisten bezeichnet. Landrat Volker Uhlig (CDU) räumte im Kreistag ein, dass es keine Hinweise dafür gebe und die Formulierung zu Missverständnissen geführt habe. (scf) (aus „Freie Presse“, Ausgabe Rochlitz, vom 24. Juli)

Die Linksfraktion des Geringswalder Stadtrats hat jetzt eine Umfrage initiiert, die den Freizeittreff des Vereins der Muldentaler Jugendhäuser ins Auge fasst. Ausgelotet werden soll etwa, wie beliebt die Einrichtung ist. Auch über die Anzahl der Nutzer, deren Vorstellungen sowie über die Angebote möchte die Fraktion Gewissheit erlangen. In diesem Zusammenhang planen die Linken, wie Susann Riedel und Robert Sobolewski erklären, zudem einen Antrag in den Stadtrat einzubringen. Der Tenor: Der Jugendtreff soll künftig kommunal geführt werden. (grün) (aus „Freie Presse“, Ausgabe Rochlitz, vom 5. August.)

hilfe für flüchtlinge und asylsuchende - linke in freiberg mit an vorderster front

Wie sich die Bundesrepublik Deutschland und die politischen Parteien zur ständig wachsenden Zahl an Flüchtlingen und Asylsuchenden aus Kriegs- und Krisenregionen stellt, die nach Deutschland kommen, wird mehr und mehr zum Thema politischer Auseinandersetzungen - im Bund, in den Ländern, in den Landkreisen, Städten und Gemeinden.

Gegen Ende August wird das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine neue Asyl-Prognose vorlegen. Es ist zu erwarten, dass die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge bis Jahresende auf 600.000 ansteigen wird. Das dürfte, wie die Landesdirektion Sachsen feststellt, in deren Kompetenz das Thema „Asyl“ fällt, eine weitere Erhöhung der Zuweisungszahlen nach Sachsen zur Folge haben. Bis Ende Juli dieses Jahres hat Sachsen bereits 16.000 Flüchtlinge aufgenommen, das sind 4.000 mehr als im gesamten Jahr 2014. Allein im Juli kamen 4.077 Personen. Diese stark steigende Zugangszahl für Asylsuchende haben die Landesdirektion in den vergangenen Tagen bewegt, die zehn Landkreise und die drei kreisfreien Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig aufzufordern, ihre Unterbringungskapazitäten noch im August spürbar zu erhöhen.

Besonders prekär ist die Lage in den so genannten Erstaufnahme-Einrichtungen mit ihren derzeit knapp 5.000 Plätzen. Benötigt werden dürften in Kürze mehr als 7.000 Plätze. Die einzige Einrichtung dieser Art für Sachsen befand sich viele Jahre in Chemnitz-Ebersdorf. Sie musste 2013 durch die „temporäre Außenstelle“ Schneeberg erweitert werden. Inzwischen ergab sich die Notwendigkeit, u.a. in Dresden, Leipzig und Freital weitere solche „temporären Einrichtungen“ zu schaffen, welche nach 2016 durch Erstaufnahme-Einrichtungen ersetzt werden sollen.

Über die aktuelle Lage in Mittelsachsen berichtet die Kreistagsfraktion in dieser Ausgabe ausführlich (siehe dazu Seite -7-).

In Freiberg wird seit fast zwei Jahrzehnten eine bemerkenswerte ehrenamtliche Arbeit mit Flüchtlingen und Asylsuchenden geleistet. Über unser Redaktionsgespräch mit der Vorsitzenden des entsprechenden Arbeitskreises, **Cornelia Metzging**, berichten wir im nebenstehenden Artikel.

von Hans Weiske

Wir trafen uns in der Kreisgeschäftsstelle der mittelsächsischen LINKEN mit Cornelia Metzging, die es im Jahr 1986 nach der Arbeit in Leuna und dem Studium der Verfahrenstechnik in Merseburg ans Brennstoffinstitut Freiberg verschlagen hatte. Das wurde als große Forschungseinrichtung der DDR nach der Wende aufgelöst. Heute arbeitet Cornelia Metzging in einer Nachfolge-Einrichtung auf einem relativ sicheren Arbeitsplatz und mit solidem Einkommen - aber hart erkaufte durch anstrengende Schichtarbeit. Und trotzdem engagiert sie sich! Das Engagement für Asylbewerber und ausländische Studierende in Freiberg begann im Jahr 1994. Damals gelang es einer kleinen Gruppe engagierter Bürger in einem spektakulären Fall einer Mutter mit ihrer kleinen Tochter gegen den Widerstand der Behörden das Bleiberecht in Deutschland zu sichern. Der Erfolg schweißte zusammen! Mit besonderem Engagement von Anfang an dabei: Das Ehepaar **Dr. Ruth Kretzer-Braun** und **Dr. Johannes Kretzer**, beide Mitglieder

der PDS, sowie **Christine Wagner**, die sich aus christlichen Motiven heraus ganz stark engierte, später aber wegen starker gesundheitlicher Probleme nicht mehr aktiv mitmachen konnte.

Die enge Zusammenarbeit der engagierten Gruppe verfestigte sich in den 90er Jahren immer mehr und führte schließlich zur offiziellen Gründung des **Arbeitskreises „Ausländer und Asyl Freiberg e.V.“** Dessen Vorsitzender wurde Johannes Kretzer. Als dieser im Jahr 2002 zum Ausländerbeauftragten des Landkreises Freiberg berufen wurde, musste die Funktion der/des Vorsitzenden neu besetzt werden. Und Cornelia Metzging, von Johannes Kretzer darauf angesprochen, verweigerte sich nicht und nahm die Herausforderung an.

Zurzeit hat der Arbeitskreis 13 Mitglieder, darunter mit **Ruth Fritzsche**, **Harald Oemichen** und **Brigitte Sontowski** weitere aktive LINKE. Er wird durch engagierte Mitstreiter unterstützt, die allerdings den Weg in den Verein noch nicht gefunden haben. Seit Herbst ist **Ali Alaoui** aus Marokko mit dabei. Aber man suche weitere Helfer, vor allem

für die Projektarbeit. Mit den enorm steigenden Zahlen der Asylsuchenden auch in Freiberg (Cornelia Metzging geht aktuell von 800 Personen aus) scheint die Arbeit den beteiligten Vereinen und kirchlichen Gruppen allerdings über den Kopf zu wachsen. Zumal die zuständige Mitarbeiterin im Landratsamt als Ausländerbeauftragte zusätzlich für die Fragen der Gleichstellung zuständig ist.

Im Januar hatten kirchliche Kreise in Freiberg alle mit der Asyларbeit befassten Vereine zu einem Treffen eingeladen - die Kirche war voll. Dort stimmte man sich u.a. über die Projekt- und Sozialarbeit ab.

Der Arbeitskreis konzentriert sich - so Cornelia Metzging - vor allem auf Kinder und Jugendliche. „Hausaufgabenhilfe“, „Spielen mit Kindern“ und „Flüchtlingskinder lernen Freiberg kennen“ sind Stichwort der Projektarbeit. Diese wird u.a. durch die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Bürgerstiftung Dresden unterstützt. Letztere vergibt im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung Aufwandsentschädigungen für solche Projektträger, wie den Freiburger Arbeitskreis „Ausländer und Asyl“.

Den Teilnehmern der Kreismitglieder-Versammlungen der mittelsächsischen LINKEN dürfte der Name „Cornelia Metzging“ aus Freiberg bekannt vorkommen - regelmäßig wird sie ganz offiziell zur Schriftführerin bestellt und löst ihre Aufgabe mit Bravour.

Weniger bekannt sein dürfte, dass sie seit 2002 den Arbeitskreis „Ausländer und Asyl Freiberg e.V.“ leitet und sich seit fast zwei Jahrzehnten auf diesem Gebiet in unserer Kreisstadt engagiert.

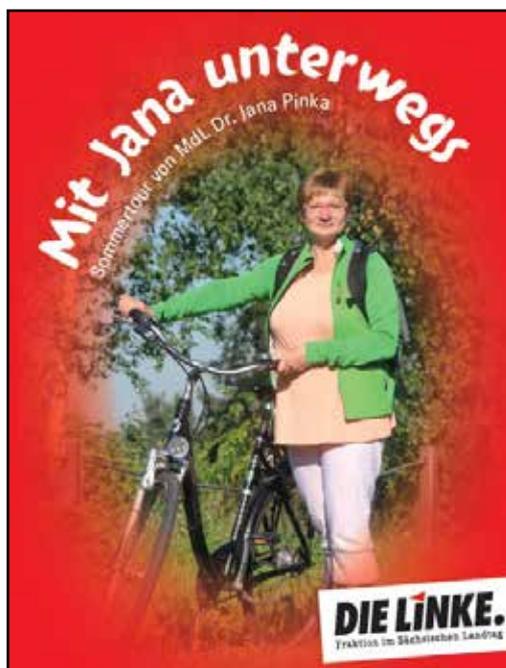
Im Sommerhalbjahr hinter den dichten Laubbäumen fast verborgen: die beiden imposanten Bauten in der Chemnitzer Straße 44 und 50 in Freiberg, die inzwischen beide als Gemeinschaftseinrichtung zur Unterbringung von Asylbewerbern dienen. Erbaut wurde der Komplex vor über 100 Jahren als König-Friedrich-August-Kaserne, in der DDR diente das „Ernst-Thälmann-Heim“ als Wohnheim für Studenten. Gegenwärtig leben - mit stark steigender Tendenz - ca. 1.600 Flüchtlinge und Asylbewerber im Landkreis Mittelsachsen.



Bilder und Texte von unserem Redaktionsmitglied
Kerstin Ufer

Die Sommerpause des Sächsischen Landtages nutzt Dr. Jana Pinka, Abgeordnete des Sächsischen Landtages und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, traditionell, um durch ihren Wahlkreis Freiberg und die Betreuungswahlkreise Brand-Erbisdorf und Flöha zu touren. **Hauptthemen**, die sie sich für ihre diesjährige Sommertour vom 21. bis 29. Juli auf die Fahnen geschrieben hatte, waren der **Bergbau, nachhaltig wirtschaftende Unternehmen** und die **Würdigung der Vereinsarbeit in den Gemeinden**.

Dabei führte unsere Landtagsabgeordnete Gespräche mit den **Bürgermeistern von Halsbrücke, Frauenstein und Reinsberg**, beantwortete Fragen während einer **Bürger-sprechstunde auf dem Freiburger Ober-**



markt, war im **Oederaner Rathaus** und in der **Agrozuchtfarm Breitenau** zu Gast, besuchte das **Hirschfelder Bodenreinigungszentrum**, die **Reinsberger Hortkinder in ihrem Feriencamp** und die **Firma nature Trockenfrüchte in Brand-Erbisdorf**. Sie lud nach Oberschöna zur **Bergbauwanderung** (siehe dazu auch unseren Kurzbericht auf Seite -12- dieses Heftes) und **Reinsberger Vereinsmitglieder** zur Grillparty ein.

Die Menschen berichteten von ihrem Leben in den Gemeinden, von Erfolgen und Plänen, aber auch von Sorgen, Problemen und Ängsten. Jana Pinka nahm diese Unterhaltungen sehr ernst, erklärte mit Fachwissen und Einfühlungsvermögen Zusammenhänge und Hintergründe, nahm Anfragen und Vorschläge mit, um diese im Landtag zu thematisieren.

Auf dieser Seite wollen wir einige Impressionen von Janas Sommertour 2015 Revue passieren lassen.

Foto links:

Vom Balkon des Oederaner Rathauses kann man sehr gut die Baustelle der Nahwärmeinsel sehen. Energie- und Gebäudemanager Eberhard Ohm sowie Petra Wolf, Mitarbeiterin des Bauamtes, erläuterten deren Funktionsweise.

Foto rechts:

Vor dem Halsbrücker Rathaus überreichte Bürgermeister Andreas Beger Jana Pinka eine Chronik des Ortsteils Tuttendorf. Dann ging es weiter nach Hetzdorf und Frauenstein.



Foto links:

Agrozuchtfarm Breitenau e.G: Vorstandsvorsitzender Hans-Jürgen Gerlach (rechts) und Aufsichtsratsvorsitzender Jens Braune zeigten der Abgeordneten die moderne Milchviehanlage.

Foto rechts:

Markscheider a.D. Jörgen Schütze ist in der gewaltigen Radstube des Unverhofft Segen Gottes Erbstilln in Oberschöna in seinem Element.



Foto links:

Brand-Erbisdorf, ELITE-Gewerbepark: Geschäftsführer André Josiger fördert mit den „Sachsen Produkten“ einheimische Unternehmen und hilft, ihre Produkte regional und überregional zu vermarkten.

Foto rechts:

nature Trockenfrüchte: Die Blaubeeren sind zu groß für den Handel! Nun werden Sie von André Josiger zu leckerem Trockenobst verarbeitet.



heute der erste beitrag: in der tradition der linken: eduard bernstein

Von Achim Grunke

In seiner Schlussrede auf dem vor zwei Monaten stattgefundenen Bielefelder Parteitag der LINKEN gab Gregor Gysi seiner Freude darüber Ausdruck, dass in der LINKEN „herausragende linke Persönlichkeiten der deutschen Geschichte nicht vergessen sind. Das gilt für Karl Marx und Friedrich Engels, für Wilhelm Liebknecht und August Bebel, für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, für Clara Zetkin, für Karl Kautsky und Eduard Bernstein und viele andere.“

Die meisten der hier genannten Persönlichkeiten dürften zumindest unter Linken allgemein bekannt sein. Wer durch das DDR-Bildungssystem gegangen ist, dem werden in der Aufzählung allerdings zwei Namen aufstoßen: Karl Kautsky und Eduard Bernstein, galten doch beide in der SED und in anderen kommunistischen Parteien bis 1989 als Unpersonen. Wer war nun dieser Eduard Bernstein, der zu den „herausragenden linken Persönlichkeiten“ gehört und nicht in Vergessenheit geraten sollte? (Zu Karl Kautsky wird unter dieser Frage in einer der nächsten Ausgaben der LinksWorte nachgegangen).

Eduard Bernstein (1850 – 1932) wurde in Berlin geboren, sein Vater war Lokomotivführer. Bernstein besuchte das Gymnasium, musste es aber 1866 mit 16 Jahren aus finanziellen Gründen doch verlassen. Von 1866 bis 1878 arbeitete er als Bankkaufmann.

In der Sozialdemokratie

1872 stieß er zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei („Eisenacher“) und bereitete zusammen mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht den Einigungsparteitag mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein („Lassalleaner“) von 1875 in Gotha vor. Daraus entstand die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP), die nach Außerkräfttreten des Sozialistengesetzes im Herbst 1890 ihren Namen in „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD) änderte. Nach Erlass des Sozialistengesetzes 1878 reiste Bernstein nach Lugano und anschließend nach Zürich, um als Sekretär Karl Höchbergs tätig zu werden, eines reichen deutschen Privatmannes, der mit der Sozialdemokratie sympathisierte und sie

finanziell unterstützte. Von 1880 bis 1890 war er Redakteur der Zeitung „Der Sozialdemokrat“, die ein wichtiges Instrument war, um die Kontinuität der Partei unter den Bedingungen der Halblegalität aufrechtzuerhalten.

1880 begab sich Bernstein als Begleiter August Bebels nach London, wo er Marx und Engels kennenlernte. 1884 besuchte er abermals Friedrich Engels und führte hernach mit ihm eine rege Korrespondenz, die er erst 1925 veröffentlichte. Schon die Lektüre von Engels „Anti-Dühring“ hatte ihn 1878 tief beeindruckt und zum Marxismus geführt. 1888 wurde er auf preußisches Betreiben aus der Schweiz ausgewiesen und lebte von da an in London. Dort gehörte er zu den engsten Freunden von Friedrich Engels und dieser ernannte ihn denn auch zu einem seiner Testamentsvollstrecker.

Für das auf dem Erfurter Parteitag 1891 beschlossene Programm der SPD arbeitete Bernstein den Entwurf für den zweiten aktionsprogrammatischen Teil aus, während Karl Kautsky dies für den ersten grundsatzpolitischen Teil besorgte. Dieser von Friedrich Engels unterstützte Gesamtentwurf wurde dann mit geringfügigen Änderungen auf dem Parteitag beschlossen.

Revision der Programmatik

Bis 1901 lebte Bernstein im englischen Exil. England galt als das „Musterland des Kapitalismus“, die industrielle Entwicklung war hier weit fortgeschritten und es bestand eine parlamentarische Demokratie, in der auch die Organisationen der Arbeiterbewegung über demokratische Spielräume verfügten. Diese „englischen Verhältnisse“ übten auf Bernstein einen nachhaltigen Einfluss aus und ließen ihn zur Über-

zeugung gelangen, dass ein baldiger revolutionärer Umsturz zur Beseitigung des Kapitalismus eine Illusion sei.

Zum Ende der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts stieß Bernstein deshalb die Debatte um die Revision des sozialdemokratischen Parteiprogramms an. Insbesondere setzte er sich mit den noch vorherrschenden Auffassungen der Verelendung des Proletariats und des Zusammenbruchs des Kapitalismus auseinander. Er sah es als lächerlich an, nach 50 Jahren immer noch mit den Sätzen des „Kommunistischen Manifests“ zu argumentieren, obgleich sich die sozialen und politischen Zustände seitdem erheblich geändert hätten.



In der deutschen Sozialdemokratie bestand immer noch die Annahme, dass es zu einem baldigen Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft kommen werde, gestützt auf die abstrakten Voraussagen im „Kommunistischen Manifest“ von Marx und Engels. Auf dem Erfurter Parteitag

1891 hatte August Bebel noch optimistisch deklamiert: „Die bürgerliche Gesellschaft arbeitet so kräftig auf ihren eigenen Untergang los, daß wir nur den Moment abzuwarten brauchen, in dem wir die ihren Händen entfallende Gewalt aufzunehmen brauchen... Ja, ich bin überzeugt, die Verwirklichung unserer letzten Ziele ist so nahe, daß Wenige in diesem Saale sind, die diese Tage nicht erleben werden.“

Im „Kommunistischen Manifest“ war noch von einer Vereinfachung der Klassenverhältnisse im Gefolge der industriellen Entwicklung ausgegangen worden, wo am Ende nur noch Bourgeoisie und Proletariat übrig bleiben. Die „kleinen Mittelstände“, „die Handwerker und Bauern, alle diese Klassen fallen ins Proletariat hinab“, hieß es. Mit dieser Entwicklung aber werde

„unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst weggezogen ... Sie produziert vor allem ihre eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.“

Diese Voraussagen aus dem „Kommunistischen Manifest“ sollten jedoch nicht eintreten. In den Ländern des Industriekapitalismus, zuerst in England und dann gefolgt in Deutschland und anderen Ländern hatten sich die Klassenverhältnisse nicht vereinfacht, sondern waren hingegen abgestufter und differenzierter geworden. Die Zahl der Beamten und Angestellten hatte prozentual stärker zugenommen als die der Arbeiter. Auch innerhalb der Arbeiterklasse vollzog sich eine stärkere Differenzierung, die Zahl der Facharbeiter in den modernen Industriezweigen (Elektro, Chemie, Maschinenbau) hatte zugenommen. Die Löhne nicht nur der Facharbeiter waren gestiegen, die Arbeitszeiten gesenkt worden, die allgemeine Lebenshaltung der Arbeiter hatte sich verbessert. Es gab keine Anzeichen dafür, dass der Kapitalismus zusammenbrechen werde.

Deshalb sollte sich nach Bernsteins Ansicht die Sozialdemokratie von revolutionärer Phraseologie verabschieden und sich endlich als das begreifen, was sie in der Wirklichkeit schon sei: eine demokratisch-sozialistische Reformpartei. In einer beständigen sozialen Reformarbeit und einer allmählichen Sozialisierung des Eigentums sah er mehr Sozialismus als immer nur auf das „Endziel des Sozialismus“ zu starren. Dabei sei für ihn die Demokratie „die unerläßliche Vorbedingung für die Erkämpfung des Sozialismus“. Mit seinem Auftreten provozierte Bernstein eine heftige Debatte um den „Revisionismus“ in der Sozialdemokratie. Seine Thesen, die einen teilweise fundamentalen Bruch mit der bisher für unantastbar gehaltenen marxistischen Lehre bedeuteten, stießen in der deutschen Sozialdemokratie (insbesondere Rosa Luxemburg) und in der internationalen sozialistischen Bewegung (insbesondere Lenin) auf Ablehnung und Empörung. Dabei war auch Bernstein nicht frei von Irrtümern und Fehlern, was seine Gegner in der Auseinandersetzung weidlich auszunutzen wussten. Der Zusammenbruch des realen Sozialismus sollte ihn aber postum in mancher Hinsicht rehabilitieren und für ihn einen späten Sieg über den Leninismus bedeuten.

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand hat eine Sommerpause eingelegt. Seine nächste Beratung findet am 7. September statt. Wir werden in unserem September-Heft darüber berichten.

An dieser Stelle sei nur darauf hingewiesen, dass die inhaltlichen Schwerpunkte für den Herbst durch die Weiterführung der bundesweiten Kampagne der LINKEN „Das muss drin sein“, durch die Auswertung des so genannten Strategie-Parteitag der LINKEN (der eigentlich vor allem Wahlparteitag ist) und die Vorbereitung des Kreisparteitages zur Wahl eines neuen Kreisvorstandes bestimmt werden.

Unser Kreisvorsitzender, MdL Falk Neubert, hatte sich um die Stelle des Beigeordneten für Soziales in der Landeshauptstadt Dresden beworben, unterlag aber parteiintern auf einem außerordentlichen Stadtparteitag am 7. Juli in Dresden gegen die Wirtschafts- und Sozialgeographin Dr. Kristin Kaufmann.

seit 65 jahren glücklich verheiratet



Am 26. August begehen **Gerhard und Gertrud Imhof** in Mittweida das Fest der Eisernen Hochzeit. Gemeinsam mit unseren Genossinnen und Genossen aus Mittweida spricht die Redaktion dazu unsere allerherzlichsten Glückwünsche aus. Gerhard Imhof wurde am 1. Oktober 1945 Mitglied der KPD. Er war von 1972 bis 1988 Bürgermeister in Mittweida. Vorher war er beim Rat des Kreises Hainichen beschäftigt. Seine Frau Gertrud arbeitete zunächst in der SED Kreisleitung Hainichen und dann in der Ortsleitung Mittweida. Sie trat am 1. Mai 1946 unserer Partei bei. Auch der neue Oberbürgermeister von Mittweida, Ralf Schreiber, wird Gerhard und Gertrud Imhof zu ihrem seltenen Jubiläum persönlich gratulieren.

unsere jubilarer

all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich !



im monat september 2015 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

| | | | |
|------------------------------|---------------------|----|------------------------|
| Christine Möckel | geb. am 03.09.1950, | in | Hainichen |
| Edith Schulz | geb. am 05.09.1928, | in | Wendisch-Rietz |
| Anton Scharding | geb. am 09.09.1926, | in | Döbeln |
| Johannes Lützner | geb. am 11.09.1935, | in | Burgstädt |
| Hildegard Hintersdorf | geb. am 12.09.1928, | in | Mittweida |
| Gerd Junghannß | geb. am 14.09.1950, | in | Hainichen |
| Lothar Kötzsch | geb. am 14.09.1932, | in | Brand-Erbisdorf |
| Regina Oldenburg | geb. am 14.09.1940, | in | Leisnig |
| Walter Ledig | geb. am 14.09.1920, | in | Weißborn |
| Sonja Enge | geb. am 18.09.1927, | in | Burgstädt |
| Elfriede Stein | geb. am 19.09.1926, | in | Lunzenau |
| Lore Scholz | geb. am 19.09.1933, | in | Mittweida |
| Margarete Schwarze | geb. am 20.09.1933, | in | Burgstädt |
| Elfriede Baran | geb. am 24.09.1928, | in | Leisnig |
| Günter Schwoboda | geb. am 26.09.1934, | in | Mulda |
| Harald Oehmichen | geb. am 30.09.1930, | in | Halsbrücke |

jahrestage im september 2015

26. 09. 1815: Gründung der Heiligen Allianz in Paris zwischen den Monarchen Russlands, Preußens und Österreichs.

05.-08.09. 1915: Internationale Sozialistische Konferenz in Zimmerwald (Schweiz) mit Vertretern von 38 Parteien. Eine Minderheit konsequenter Kriegsgegner formiert sich zur „Zimmerwälder Linken“.

26. 09. 1935: Bildung eines Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront (Lutetia-Kreis) unter Vorsitz von Heinrich Mann in Paris.

27. 09. 1940: Abschluss des Dreimächtepaktes zwischen Deutschland, Italien und Japan.

02. 09. 1945: Ende des zweiten Weltkrieges mit der bedingungslosen Kapitulation Japans. Proklamation der Demokratischen Republik Vietnam.

03. 09. 1945: Beginn der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone. Die Provinzialverwaltung Sachsen erlässt die Verordnung zur demokratischen Bodenreform. Bis zum 10.

September werden durch die anderen ostdeutschen Landes- und Provinzialverwaltungen ebenfalls Verordnungen zur Bodenreform erlassen.

09.09. 1955: Beginn der Verhandlungen zwischen der UdSSR und der BRD über die Normalisierung der Beziehungen in Moskau, die zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen führen.

12. 09. 1990: Unterzeichnung des „Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ in Moskau - Zwei-plus-vier-Vertrag.

20. 09. 2005: Simon Wiesenthal, Gründer des Jüdischen Dokumentationszentrums, in Wien verstorben.

11. 09. 2010: Bärbel Boley, DDR-Bürgerrechtlerin und Malerin, verstorben.

30.09. 2010: Bei der gewaltsamen Räumung des Mittleren Schlossgartens in Stuttgart gibt es mehrere Schwerverletzte. Die Proteste richten sich gegen die Zerstörung durch Bahnbauprojekte (Stuttgart 21).

terminübersicht

august 2015

24.08. 14 Uhr Redaktionsberatung der LinksWorte
Bürgerbüro Freiberg, Domgasse 7

september 2015

01.09. Weltfriedenstag

07.09. 19 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Straße 34

11. und 12.09. Fest der LINKEN
Berlin, Rosa-Luxemburg-Platz

12. und 13.09. Strategie- und Wahlparteitag der sächsischen LINKEN
ParkArena Neukirritzsch

21.09. 14 Uhr Redaktionsberatung der LinksWorte
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Straße 34

bergbauwanderung mit dr. jana pinka und jens pfeifer



von Hans Weiske

Für den 27. Juli hatten die Freiburger Landtagsabgeordnete der LINKEN, Dr. Jana Pinka, gelernte Mineralogin, und der Freiburger Geologe Jens Pfeifer, zu einer Bergbauwanderung ins ehemalige Oberschönaer Revier eingeladen (kleines Bild) und 22 Interessierte, darunter ich als absoluter geologischer und mineralogischer Laie, folgten der Einladung. Los ging es in der imponierenden Schaulanlage „Radstube Oberschöna“ der Grube Unverhoffter Segen Gottes Erbstolln, zwischen Oberschöna und Wegefahrt gelegen. (Das Bild zeigt uns vor der „Einfahrt“ in die Radstube, vorn Jana Pinka und Jens Pfeifer, dritter von links Jörgen Schütze, ehemaliger Markscheider und das „gute Gewissen“ des von der Historischen Freiburger Berg- und Hütten-

knappschaft betreuten Objektes).

Wir kamen aus der Radstube zurück ans Tageslicht, unsere Wanderung begann und es kam der große Regen! Es schüttete mehr als eine Stunde lang wie aus Gießkannen. Das hielt Jens Pfeifer, unsere durch die Witterungsunbilden leider ausgedünnte und ordentlich durchnässte Truppe im Gefolge, nicht davon ab, uns im ehemaligen Oberschönaer Bergbaurevier von Mundloch zu Mundloch, von Huthaus zu Huthaus und von Haldenzug zu Haldenzug zu führen. Als wir schließlich am frühen Abend dem Endpunkt unserer mehrstündigen Wanderung, dem mächtigen Quarzitbruch oberhalb von Oberschöna entgegenstrebten, kam auch die Sonne wieder zum Vorschein und trocknete unsere Klamotten. Regen hin, Regen her, das Erlebnis bleibt.

konzentrationslager sachsenhausen

von Hans Weiske

Meine Recherche-Reisen im 70. Jahr der Befreiung in ehemalige faschistische Konzentrationslager führte mich kürzlich in das KZ Sachsenhausen. Als Modell- und Schulungslager der SS und Konzentrationslager in unmittelbarer Nähe der Reichshauptstadt nahm Sachsenhausen eine Sonderstellung im System der nationalsozialistischen Konzentrationslager ein. In der DDR wurde es 1961 nach Buchenwald und Ravensbrück als dritte derartige Mahn- und Gedenkstätte eröffnet.



Bilder aus der heutigen Gedenkstätte Sachsenhausen: auf dem oberen Bild der bekannte, an Zynismus nicht zu übertreffende Spruch an der Eingangstür, unten der Ort der ehemaligen Hinrichtungsstätte mit Standort des Galgens. Die Hinrichtungen fanden vor allen Gefangenen statt.

Wir, die Mitglieder des Stadtverbandes Rochlitz/Geiringswalde der Partei DIE LINKE trauern um unsere Genossin

Erika Pöhl

die wenige Tage vor ihrem 74. Geburtstag nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben ist.

Genossin Pöhl war mehrere Jahre Mitglied des Ortsverbandes der Partei und in drei Legislaturperioden Mitglied des Stadtrates der Großen Kreisstadt Rochlitz und vertrat hier konsequent die Interessen ihrer Wähler. Sie war immer politisch aktiv und jederzeit einsatzbereit.

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teuren Verstorbenen:

Werner Bockfeld aus Lichtenberg
Wilrun Küchenmeister aus Freiberg
Ilse Nitzsche aus Rochlitz
Hildegard Korallus aus Brand-Erbisdorf

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Andenken bewahren.